



Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

AWO-Skandal konsequent nachgehen

Der AWO-Bundesverband und der Rechtsvertreter der AWO Frankfurt haben sich beschwert, dass die von der AWO eingeschaltete Staatsanwaltschaft ihre Arbeit nicht leistet.

Die Landesregierung wird daher ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wann wurde die Staatsanwaltschaft Frankfurt von der AWO eingeschaltet?
2. Was hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt seitdem unternommen?
3. Hat sich die AWO bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt oder anderen Behörden beschwert?
4. Welche Erwartungen der AWO werden nicht erfüllt?
5. Lässt die Staatsanwaltschaft Frankfurt die AWO bei ihren Anstrengungen alleine?
6. Welche Anstrengungen der AWO werden so verunmöglicht?
7. Ist es so wie die AWO beschreibt, sehr schwer unter rechtsstaatlichen Bedingungen veruntreutes Geld zurück zu holen?
8. Was unternimmt die Landesregierung, um veruntreutes Geld zurück-zuholen?
9. Was unternimmt die Landesregierung, damit die Veruntreuung von AWO-Mitteln nicht zu Steuerausfällen führen?
10. Hat die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Mitarbeiterpool, Darlehen, Zulagen, Minijobs und Beraterverträgen u.a. Sozialversicherungsbetrug § 266 als Officialdelikt geprüft und ist sie tätig geworden?
11. Was unternimmt die Landesregierung gegen Verjährung im AWO-Skandal?
12. Wurden bei der Hausdurchsuchung im August Vermögensgegenstände beschlagnahmt?
13. Wenn ja, welche?

14. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Rechtsvertreters von Vertretern der früheren AWO-Geschäftsführung, es sei rechtlich irrelevant, Personen zu bezahlen, die nicht arbeiten?
15. Kann die Landesregierung ausschließen, dass ein Teil der von der Hausdurchsuchung betroffenen Personen vorgewarnt waren?
16. Hat ein möglicher Wohnsitzwechsel oder -aufgabe im November den Erfolg der mit der Hausdurchsuchung im Dezember beabsichtigten Ziele erschwert?
17. Wurden bei der Hausdurchsuchung im Dezember Vermögensgegenstände beschlagnahmt?
18. Wenn ja, welche?

Wiesbaden, 8. Dezember 2020



René Rock
(Fraktionsvorsitzender)